

Heute ist Weihnachten. Zumindest erscheint es mir als Bürger so.

Der Oberbürgermeister überrascht uns mit einem für uns bisher unbekanntem Entschuldungshilfeprogramm und das Referat für Öffentlichkeitsarbeit mit einem für uns bisher unbekanntem Paket mit hoffentlich lange vermissten Informationen.

Heute **nach** der Ratssitzung wird ausgepackt und **vor** der nächsten Ratssitzung am 16.März wird wieder eingepackt. **Davor** Geheimhaltung und **danach** Auswertung, dazwischen Ratssitzungen.

Ja, leider haben sich viele Wähler der Piratenpartei, Bürgernähe, Mitbestimmung und Transparenz in der Politik genau so vorgestellt.

Im vorliegenden Antrag beziehen wir uns auf eine **kleine** Information zur Webseite zum Zukunftsvertrag, die wir zufällig erfahren haben.

Anonymität gegenüber der Verwaltung wird weitestgehend verhindert. Wer mitmachen möchte, **muss** eine E-Mail-Adresse angeben. Sogenannte nicht personenbezogene Wegwerfadressen werden unterbunden.

Ab heute, nachdem die Verwaltung über zwei Jahre den Zukunftsvertrag in den Händen hat, haben die Bürger fünf Tage Zeit sich auf den ersten Bürgerdialog am 22. Februar vorzubereiten.

Wem es da peinlich ist, sein Unwissen mit einer grundlegenden Frage der Verwaltung gegenüber zuzugeben, wird aktuell eher auf eine Frage verzichten.

Werden also zum Beispiel Mitarbeiter des Fachbereichs Finanzen ihre Fragen auch **nicht-anonym** stellen? Werden Journalisten oder Ratsmitglieder ihre Fragen **nicht-anonym** stellen? Ich glaube nicht. Bisher haben **nicht-anonym** nur wir Piraten im Rat Fragen zu den Bedingungen des Zukunftsvertrags gestellt.

Genau deshalb hat der Staat für solche Fälle den §13 Abs. (6) des Telemediengesetzes (TMG) über viele Jahre unverändert stehen gelassen:

Ich zitiere:

"Der Diensteanbieter hat die Nutzung von Telemedien und ihre Bezahlung anonym oder unter Pseudonym zu ermöglichen, soweit dies technisch möglich und zumutbar ist. Der Nutzer ist über diese Möglichkeit zu informieren."

Die Pflichtangabe einer persönlichen E-Mail ist keine anonyme Information. Daher bitte ich Sie nun:

Stimmen Sie unserem Antrag zu und ermöglichen Sie damit den Bürgern die anonyme Teilhabe am Bürgerdialog ohne Angabe einer Zwangs-E-Mail, entsprechend den Anforderungen des Telemediengesetzes.

Vielen Dank.